

Reaktionen auf Haltung der SPD zu CO₂-Verpressung

Arneburg/Salzwedel (ri). Mehrere Reaktionen hat es zum Beitrag in der Volksstimme am 23. September gegeben, nach dem sich die SPD gegen eine CO₂-Speicherung in der Altmark ausgesprochen hat.

Landtagsabgeordneter Hans-Jörg Krause (Die Linke), schreibt beispielsweise: „Das Bemühen meiner Fraktion und der FDP, die CO₂-Verpressung nicht als Landesziel im Landesentwicklungsplan aufzunehmen, wurde in der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses mit den Stimmen von CDU und SPD verhindert.“ Aber angesichts des „Sinneswandels der SPD, die CO₂-Verpressung in der Altmark abzulehnen“, sei er optimistisch, dass in der nächsten Landtagsitzung eine Entscheidung im Sinne der im Kreistag verabschiedeten Resolution gegen die Verpressung getroffen werden könne. Seine Fraktion habe sich darauf verständigt, einen Antrag zur Herauslösung der CO₂-Verpressung aus dem Entwurf der Verordnung zum Landesentwicklungsplan einzubringen.

Der Sprecher der Bürgerinitiative „Gegen das Steinkohlkraftwerk in Arneburg“, Wilfried Padelt, begrüßt die Äußerung von SPD-Landesvorsitzender Katrin Budde in der Volksstimme. Die damit verbundene Forderung einer Änderung im Landesentwicklungsplan könne aber aus Sicht der Bürgerinitiative nur greifen, wenn auch die Braunkohleverstromung aus dem Energiekonzept der Landesregierung entfällt. Die Forderung von Minister Haselhoff, „Die Braunkohle muss Bestandteil des Energiekonzeptes der Bundesrepublik sein“, laufe einer weltweiten CO₂-Reduzierung zuwider und baue langfristig auf eine CO₂-Speicherung in der Altmark.

„Das Verbrennen von fossilen, sehr kohlenstoffintensiven Energieträgern wie Stein- und Braunkohle, aber auch Erdöl und Erdgas in Kraftwerken zur Stromerzeugung erzeugt rund 37 Prozent der vom Menschen produzierten weltweiten CO₂-Emissionen“, so Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, Vorsitzender der BI. Er macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass auch andere Schwachstellen im Landesentwicklungsplan überarbeitungsbedürftig seien. So verlangt er einen Ausbau der erneuerbaren Energien unter „Berücksichtigung von nachhaltigem Natur-, Arten- und Umweltschutz“. Hierbei verweist Rochlitz auf das neue „mangelhafte Landesnaturschutzgesetz“ von Sachsen-Anhalt und fordert den Verzicht auf den Ausbau der Elbe, „deren ganzjährige leistungsfähige Schiffbarkeit und Anbindung an den Saalekanal im Landesentwicklungsplan immer noch eingefordert werden“.